



**Elterninitiative
gegen
Mobbing und Gewalt an Schulen (EMGS)**
Internet: www.emgs.de

Offener Brief an die Bundesbildungsministerin, an alle Kultusministerien, Kultusminister der Bundesländer, bildungspolitischen Sprecher aller Parteien, sowie an ausgewählte Medien

April 2006

Einrichtung von Interventionsteams

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuell bewegt der Fall der Berliner Rütli - Schule die Öffentlichkeit. Erst ein öffentlich gestellter Antrag zur Auflösung dieser Schule, bringt Bewegung in eine seit Jahren verfahrenere Situation. Begründet wird dieser ungewöhnliche Schritt vor allen Dingen damit, dass das zuständige Schulamt auf die angeforderte Hilfe nicht angemessen reagierte.

Dieses Nichtreagieren haben auch wir Eltern häufig erfahren müssen, wenn zum Beispiel Kinder von Lehrern geschlagen oder ausgegrenzt wurden, indem sich Lehrer weigerten die vorhandene Lese-Rechtschreibschwäche, Rechenschwäche und/oder Hochbegabung anzuerkennen. Wir erkennen deswegen in allen Bundesländern die gleichen Schwachstellen, wie Bildungssenator Böger sie für Berlin beschreibt: "Diese Geschichte aus der Rütli-Schule ist mir in der Tat durch ein Versagen in meinen Behörden vor Ort zu spät mitgeteilt worden."

Genau um dieses Versagen der Behörden jeweils vor Ort geht es uns. Tauchen Probleme auf, in denen Eltern oder Lehrer Unterstützung brauchen, werden sie häufig schlicht ignoriert und unter den Teppich gekehrt, nach dem Motto: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Leider fehlt uns Eltern in der Öffentlichkeit eine einflussreiche Lobby und in die Kultusministerien dringen wir selten durch. Was wir beklagen wird einfach als bedauerlicher Einzelfall hingestellt.

Dauerhaft ungelöste Probleme belasten das Miteinander in der Schule. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass ein angstfreies Klima wesentlichen Einfluss auf die Lernergebnisse hat. Wenn ein Lehrer oder ein Schulleiter sich falsch verhalten hat, kann und darf man diesen Vorfall nicht unverarbeitet unter den Teppich kehren und das konfliktauslösende Verhalten verleugnen.

Probleme müssen da gelöst werden, wo sie auftreten. Dieses Lösungspotential für Konflikte ist aber vor Ort meist nicht vorhanden. Ungelöste Probleme führen zu gegenseitigem Mißtrauen, und Mißtrauen hat an einem Ort an dem unsere Kinder lernen und sich wohlfühlen sollen, keinen Platz.

Deswegen fordern wir die Einrichtung bundesweiter Interventionsstellen für Vorfälle mit denen Schule und Schulamt noch überfordert sind. Wir stellen uns ein Interventionsteam vor, an das sich im Konfliktfall sowohl Kinder als auch Eltern, Lehrer und Schulämter wenden können.

Es sollte den Kultusministerien zugeordnet sein und eine Verbindung zur Lage vor Ort herstellen. Das Team muss völlig unabhängig arbeiten und sollte mit schulfernen Fachleuten (Mediatoren, Sozialarbeiter, Psychologen, Juristen) besetzt sein. Sie erstatten dem Kultusministerium Bericht, damit auf Schwachstellen vor Ort endlich angemessen und zeitnah reagiert werden kann. Ein Abschlussbericht erfolgt erst, wenn vor Ort eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung gefunden wurde, die vertraglich fixiert und nach sechs Monaten auf Erfolg überprüft wird.

Wir fordern Schulen für unsere Kinder, in denen kompetent auf Probleme reagiert wird und kein Platz für Gewalt und Mobbing ist.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Carnap
Wagenerstr.7
65510 Idstein
doris.carnap@emgs.de

Petra Litzenburger
Kirchstrasse 22
66292 Riegelsberg
petra.litzenburger@emgs.de